

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Ahmad Canaan, Öl auf Leinwand, 2014

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die PostCH AG

WESTJORDANLAND

Agrarökologie, Kolonialisierung und Widerstand

Ende 2025 unternahmen wir eine anderthalbmonatige Solidaritätsreise nach Palästina, um palästinensische Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen. Trotz der bedrückenden Stimmung aufgrund des Völkermords in Gaza, der Kolonialisierung, der Apartheid und der Kriege in der Umgebung haben wir viele inspirierende Projekte kennengelernt, die von Palästinenserinnen und Palästinensern geleitet werden. Über diese Vielzahl von Initiativen und ihren schwierigen Kontext möchten wir berichten.

Unsere Reise beginnt in Amman, der Hauptstadt Jordaniens. Israel kontrolliert alle Zugänge zu Palästina, daher ist die Auswahl begrenzt: Man reist entweder über den Flughafen von Tel Aviv oder über Jordanien ein. Wir haben uns für die zweite Option entschieden, obwohl dies bedeutet, drei Kontrollpunkte zu passieren: den palästinensischen, den israelischen und den jordanischen. Für die Palästinenser:innen gibt es keine Wahl: Diese Einreise ist die einzige, die ihnen gestattet ist. Bereits an der Grenze passieren wir Reisende aus dem Westen die Grenze mit einem modernen Bus, während der für Palästinenser:innen reservierte Bus aus einer anderen Zeit zu stammen scheint. Dies ist nur der erste Eindruck eines Apartheid-Systems, das wir entdecken werden.

In Palästina angekommen, treffen wir uns mit unserem Freund Saad, den zwei von uns bereits im Januar besucht haben, in einem Dorf zwischen Olivenbaumterrassen zwischen Ramallah und Nablus. Jeder im Dorf hat Olivenbäume, und wir helfen Saad bei der Ernte seiner Oliven. Die Olivenbäume sind eine Lebensgrundlage für viele Familien; sie konsumieren oder verkaufen das Öl und die verarbeiteten Oliven. So ein Baum ist unglaublich: Er wächst von selbst, benötigt nicht viel Wasser und kann Hunderte von Jahren alt werden. Das palästinensische Volk hat ihn zu einem Symbol des Widerstands gemacht, vor allem seit die israelischen Siedler ihn ausreissen. Diese Erntesaison war besonders schwierig: 11.500 Olivenbäume wurden in den letzten drei Monaten von der israelischen Armee und

den Siedlern gerodet¹. Und was die Angriffe der Siedler auf Palästinenserinnen und Palästinenser angeht, war der Oktober der gewalttätigste Monat seit 2006². Als ob das noch nicht genug wäre, haben die Bäume aufgrund der Dürre, die seit 1960 beispiellos ist, nur ein Zehntel der üblichen Ernte gebracht.

Was die Angriffe angeht, ist das Dorf relativ verschont geblieben. Die Siedler aus der Umgebung greifen lieber das Nachbardorf an, wo sie bereits eine der beiden Wasserquellen in Besitz genommen haben (die zweite wird nun Tag und Nacht von den Bewohner:innen bewacht). Aber die Siedler sind nie weit weg: In den letzten Monaten wurden sie in der Gegend gesehen, wie sie Karten studierten. Deshalb macht man sich im Dorf ernsthaft Sorgen: Was haben sie vor? Werden sie auch unsere Quelle in Beschlag nehmen³? Ein Einwohner erklärt uns, dass die Apartheid auch die Wasserressourcen betrifft. Die Palästinenser:innen haben immer einen Wassertank auf ihrem Dach, da das Wasser für mehrere Wochen abgestellt werden kann. Die Behörden stellen jedoch niemals das Wasser in den israelischen Siedlungen ab, nicht einmal für eine Stunde. Die Wasserspeicherung ist daher für die Palästinenser:innen eine Notwendigkeit.

Saatgutverteilung

Im Dorf treffen wir mehrere Mitglieder des «Palästinensischen Agroökologischen Forums», das sich zum Ziel gesetzt hat, die Agroökologie als Mittel des Widerstands zu fördern. Wir haben das Glück, an einer vom Forum organisierten und durch Spenden von

Privatpersonen aus dem Ausland finanzierten Saatgutverteilung teilzunehmen. Den ganzen Vormittag lang kommen die Bäuerinnen und Bauern, um ihr Saatgut abzuholen. Eine Tonne Saatgut wird an etwa fünfzig Personen verteilt. Das Saatgut ist reproduzierbar, und unsere Freundinnen und Freunde hoffen, dass diese Initiative den Wunsch nach einer Rückkehr zum Landleben weckt. Mehr als ein Wunsch ist es aber eine Notwendigkeit: Reisen im Westjordanland werden immer komplizierter, und es ist nicht sicher, ob das Saatgut auch morgen noch frei transportiert werden kann. Vor diesem Hintergrund und in der Überzeugung, dass die bäuerliche Landwirtschaft denjenigen, die sie betreiben, Unabhängigkeit ermöglicht, versuchen die Mitglieder des Forums, die bäuerliche Tradition auf ihren Parzellen am Leben zu erhalten.

Mahmoud* z.B. ist Schafzüchter und Imker im Dorf, während Nour in Ramallah lebt, aber ein Grundstück gekauft hat, um dort Bäume zu pflanzen und es zu einem Ort der Begegnung und des Wissensaustauschs zu machen. Mit Saad pflanzen wir, sobald die Oliven gepresst sind, Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch, Bohnen und Radieschen zwischen den Olivenbäumen. In einem Nachbardorf baut Laïla Gemüse an, das sie zu einem frei wählbaren Preis an einem geselligen Tag der gemeinsamen Ernte verkauft, an dem sie für alle kocht. Marwan seinerseits hat auf einem Familiengrundstück Weinreben und Pfirsichbäume gepflanzt, wo er auch Gemüse anbaut. Seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis arbeitet er am liebsten nachts und bietet uns jeden Abend, wenn wir ihn treffen, einen Morgenkaffee an. Er ist empfänglich für die Schönheit der Berge, in denen er gerne seine Nächte verbringt, und hat viel Humor. Es fällt schwer, sich einen solchen Menschen im Gefängnis vorzustellen, aber die Realität sieht so aus: Derzeit hält Israel mehr als 11.000 palästinensische Gefangene fest, darunter mehr als 3.500 unter dem Regime der Administrativhaft⁴, d. h. die Gefangenen kennen den Grund für ihre Inhaftierung nicht. Ein einfacher Facebook-Post kann sie ins Gefängnis bringen, und jede Bewegung birgt das Risiko, sich der Besatzungsmacht und ihrem Willen auszusetzen. Massenverhaftungen sind eines der Instrumente zur Kontrolle der Bevölkerung, und natürlich sind auch unsere Freunde aus dem Dorf davon betroffen. Die meisten sprechen nicht über das, was sie im Gefängnis erlebt haben, aber die wenigen Berichte, die wir erhalten, bestätigen, was wir dank der Arbeit von NGOs über die schrecklichen und unmenschlichen Haftbedingungen wissen.⁵

Zwei Welten

Um mehr über die Unterdrückung und das Kolonialsystem zu erfahren, fahren wir nach Bil'in, einem Dorf, das für seinen friedlichen Widerstand gegen die Trennmauer bekannt ist, welche die Palästinenser*innen im Westjordanland einschließt⁶. Hier haben sich die Dorfbewohner*innen jahrelang mobilisiert, um zu verhindern, dass die Mauer durch ihr Dorf verläuft. Nach einem Sieg vor Gericht im Jahr 2007 wurde die Mauer weiter vom Dorf entfernt verlegt und 2016 auf dem zurückgewonnenen Land ein Bauernhof errichtet. Auf diesem Bauernhof sind

wir untergebracht, direkt gegenüber einer der grössten israelischen Siedlungen im Westjordanland (Modi'in Illit, mehr als 80.000 Einwohner*innen). Von ihr trennt uns die Mauer, die sich zwischen den Hügeln erstreckt. Wir sind überrascht vom Kontrast zwischen dem Grün des Bauernhofs und den Olivenbaumterrassen auf unserer Seite und den tristen Betongebäuden auf der israelischen Seite. Wir sind uns so nah, dass die Geräusche der Siedlung den Alltag auf dem Bauernhof begleiten: Wir hören Stimmen, Musik, Baustellengeräusche... Aber es sind zwei Welten, die sich auf absurde Weise gegenüberstehen. Während die Siedler*innen sich durch die Mauer, die sie umgibt, offenbar «geschützt» fühlen, bedauern die Palästinenser*innen, dass sie keinen Zugang mehr zum Meer haben. Die Mauer ist leider nicht das einzige Hindernis für die Bewegungsfreiheit der Palästinenser*innen: Selbst innerhalb des Westjordanlands erschweren die allgegenwärtigen Checkpoints jede Fortbewegung oder machen sie vorübergehend unmöglich.

Auf dem Bauernhof ist alles als Mittel des Widerstands gedacht: Wir trinken Tee auf einer Terrasse mit Blick auf die Siedlung, und von allen Gebäuden aus bieten die Toiletten den schönsten Panoramablick. Alle Gebäude sind leicht und demontierbar: Wir befinden uns in Zone C⁷, wo feste Bauten verboten sind. Auf den Hügelbeeten des Gartens wird alles angebaut, von Kohl über Zitronengras bis hin zu Papaya. Besondere Aufmerksamkeit wird der Bodenbearbeitung gewidmet, wobei Kompost und ökologischer Dünger aus eigener Produktion verwendet werden. Die schöne Erde des Bauernhofs steht im Kontrast zu den kargen und steinigen Böden der Region.

Zurück in Palästina

Im Dorf Bil'in treffen wir Bilal, einen grossen Mann um die dreissig, der uns auf Deutsch anspricht. Er lebt bei der Familie seiner Schwester, die uns einige Tage lang herzlich in ihrem Haus aufnimmt. Bilal hat die letzten zehn Jahre in Deutschland gelebt und erzählt uns in bewegenden Gesprächen, wie sein Leben als Palästinenser seit dem 7. Oktober 2023 zur Qual geworden ist. Nachdem er seinen Job verloren hatte, von seinem Nachbarn schikaniert wurde und von seinen Freunden isoliert war, beschloss er vor nur sechs Monaten, nach Palästina zurückzukehren. Er leidet immer noch unter dem Rassismus, den er in Deutschland erfahren hat, aber seit seiner Rückkehr hier fühlt er sich besser, trotz der schwierigen Bedingungen in seinem Dorf. Seine Familie war eine der Säulen des friedlichen Kampfes gegen die Mauer, und er macht uns das Ausmass der Besatzung bewusst: Alle Familien des Dorfes haben Angehörige verloren, die vom Militär getötet wurden; die meisten Männer wurden zeitweise inhaftiert und gefoltert.

Die Kolonialisierung

Seit einigen Monaten hat das Dorf einen neuen Einwohner: Ein Siedler hat sich auf einem nahe gelegenen Hügel niedergelassen. Wir sehen ihn mit seinem Auto von seinem Haus herunterfahren und mit lautem Hupen und Blaulicht eine Runde durch das Tal drehen. Sofort sind die Menschen in Alarmbereitschaft, versammeln sich und beobachten

den Neuankömmling aus der Ferne. Dieser ist nicht harmlos, denn er hat bereits mehrere Menschen getötet und ist dafür ungestraft geblieben. So beginnt die Kolonialisierung: Ein Israeli kommt und stellt irgendwo ein Wohnmobil auf. Er stiehlt Tiere und macht den Einheimischen Angst. Die Keimzelle der Siedlung wächst dann mit der Ankunft neuer Menschen. Die Siedler bauen Straßen, Schulen, Wasseranschlüsse usw. Ab einem bestimmten Stadium wird die Siedlung von Israel «legalisiert» (aber nicht im Sinne des Völkerrechts), und der hebräische Staat treibt die Schande so weit, dass er den Menschen, die sich dort niederlassen, Subventionen gewährt. Wenn die Siedlungen wachsen, erhalten die umliegenden Häuser Abrissverfügungen, und die dort lebenden palästinensischen Familien haben dann nur zwei Möglichkeiten: entweder ihre Häuser selbst zu zerstören oder darauf zu warten, dass die Armee sie zerstört und ihnen die Rechnung dafür präsentiert. Da bereits mehrere Häuser des Dorfes einen Abrissbefehl erhalten haben, kann man sich nur Sorgen um die Zukunft unserer Freunde machen. So wird Palästina Stück für Stück von Fundamentalisten aufgefressen, mit dem Segen des israelischen Staates, der ihnen Waffen und militärischen Schutz liefert.

Auf der anderen Seite

Anschliessend verbringen wir einen Tag in einem Nachbardorf, wo junge Leute eine Genossenschaft gegründet haben, um Gemüse anzubauen. Alles dort ist rational und produktiv. Die Gruppe möchte zeigen, dass es möglich ist, auch auf diesen kleinen, sehr kargen Parzellen ohne Pestizide viel zu produzieren. Das hindert sie nicht daran, an der Vermehrung alter Saatgutsorten zu arbeiten; zu diesem Zweck säen wir gemeinsam Weizenparzellen mit Sorten aus Levante. Auch wenn der Getreideanbau in dieser Region zweifellos Zukunft hätte, kann die Ernte nicht mit Maschinen erfolgen: Der Lärm würde unweigerlich die israelischen Siedler*innen anlocken, die sie zerstören würden. Die Parzelle, die wir ausgesät haben, liegt übrigens zwischen einer Siedlung und einem zukünftigen israelischen Gewerbegebiet, dessen Gelände bereits eingezäunt ist. Während der Aussaat treffen wir Saïd. Er ist Bauer auf der anderen Seite der Apartheidmauer, in dem Land, das im Westen als Israel bezeichnet wird und welches unsere Freundinnen und Freunde lieber «Palästina von 1948» nennen – in Anlehnung an das Datum, an dem 700.000 Palästinenser*innen vertrieben wurden. Er nimmt uns mit in seine Stadt, in der Nähe von Haifa und der libanesischen Grenze. Hier wurden die palästinensischen Familien zusammengefasst, die bei der Gründung Israels aus den umliegenden Dörfern vertrieben worden waren. Saïd zeigt uns die Ruinen eines der vielen Dörfer, die seit der Besatzung zerstört wurden. Wie so oft wurden an dieser Stelle schnell wachsende Bäume gepflanzt, um das Verbrechen zu verbergen. Die Überreste der Ruinen sind nur sichtbar, wenn man sie bewusst sucht.

Einige Tage lang arbeiten wir mit Saïd auf dem Bauernhof, der syntropische Landwirtschaft betreibt: Das Gemüse wächst zwischen Bäumen, von denen nur dazu

dienen, den Boden mit ihrem Holz anzureichern, in einem Garten, der vor Leben nur so wimmelt. Saïd und seine Mutter schaffen es, ihre Oase trotz der Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, zum Blühen zu bringen. Selbst mit einem israelischen Pass haben sie in der Praxis nicht die gleichen Rechte wie Jüdinnen und Juden. Zum Beispiel dürfen sie bestimmte Früchte wie Mangos und Avocados nicht verkaufen und sie dürfen nicht mehr als drei Bienenstöcke besitzen. Auch hier gilt: Während wenige Kilometer entfernt hässliche Wohnblocks entstehen, ist es ihnen verboten, auf ihrem Land feste Gebäude zu errichten. Wie im Westjordanland passen sie sich daher mit Strukturen aus natürlichen und demontierbaren Materialien an.

In Israel manifestiert sich das Apartheidregime auf verschiedene Weise. Manchmal handelt es sich bei diesen Beschränkungen um Gesetze, die für alle gelten, aber in der Praxis werden Ausnahmen leicht gewährt, ausser für Araber*innen. Ein weiterer Trick besteht darin, aus angeblich «ökologischen» Gründen Beschränkungen in Gebieten zu schaffen, die nur von Araber*innen bewohnt sind. Diese Israelis, die als arabische Muslime, arabische Christ*innen, Drus*innen oder Beduin*innen bezeichnet werden und leicht zu identifizieren sind, da dies auf ihrem Personalausweis vermerkt ist, sind in Wirklichkeit die Nachkommen der Palästinenser*innen, die 1948 innerhalb der Grenzen Israels geblieben sind. So nimmt die Besetzung auf beiden Seiten der Trennmauer unterschiedliche Formen an, und selbst in der «einzigen Demokratie im Nahen Osten» ist die Apartheid gewalttätig. Auch Wasser ist ein Thema der Ungleichheit: Ein einziges Unternehmen hat das Monopol auf die Wasserversorgung in Israel, und die arabische Bevölkerung muss dafür viel mehr bezahlen als die jüdische. Auf Saïds Farm lassen sich diese Probleme einmal mehr durch Permakultur umgehen:

Man baut Hügelbeete, um Wasser zurückzuhalten, bedeckt den Boden und nutzt Bäume, um Schatten zu spenden.

Wut und Hoffnung

Die letzte Woche unserer Reise verbringen wir in der Umgebung von Ramallah, um die verschiedenen Menschen wiederzusehen, die wir während unseres Aufenthalts kennengelernt haben. Wir werden immer mit einem Lächeln und überschwänglicher Grosszügigkeit empfangen. Unsere neuen Freunde und Freundinnen betonen, wie wichtig es für sie ist, in dieser verzweifelten Situation Besuch zu empfangen, und wir sind immer wieder beeindruckt von ihrem Wunsch, sich für eine nachhaltige Zukunft zu engagieren. Während dieser Reise haben wir viele politische Diskussionen geführt. Alle Menschen, die wir getroffen haben, sind wütend auf die Palästinensische Autonomiebehörde, die sie für korrupt und als Komplizin Israels betrachten. Trotz der finanziellen Unterstützung vieler Länder und NGOs für Palästina kommt nur wenig Geld tatsächlich bei den Palästinenser*innen an. Einige unserer Freund*innen sind der Meinung, dass es sich um eine bewusste Politik handelt, die darauf abzielt, die Menschen in prekären Lebensbedingungen zu halten, damit sie nicht die Mittel haben, Widerstand zu leisten und die Besetzungssituation in Frage zu stellen, von der die Palästinensische Autonomiebehörde profitiert.

Bei unseren Begegnungen haben uns einige auch gesagt, dass sie sich privilegiert fühlen, nicht in Gaza oder in einem Flüchtlingslager zu sein. Einige sind der Meinung, dass diese «geschützte» Situation es ihnen ermöglicht, über einen möglichen Frieden und eine Koexistenz mit den Jüdinnen und Juden nachzudenken, und sie bewundern ihre Verwandten in Gaza dafür, dass sie ihnen weiterhin von ihren Plänen und ihrem Wunsch nach Leben und Frieden berichten.

Die Bindungen zu unseren palästinensischen Freunden und Freundinnen sind stark, und wir stellen fest, dass wir aus ähnlichen Verhältnissen stammen: Mittelschicht, etwas gereist, sensibel für soziale Gerechtigkeit, Ökologie und überzeugt vom Nutzen der ökologischen Landwirtschaft. Aber damit hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf: Trotz ihrer im Vergleich zu anderen Palästinenser*innen «privilegierten» Situation waren die meisten von ihnen bereits im Gefängnis und wissen, dass sie ständig in Gefahr sind, wieder ins Gefängnis zu kommen, aus ihrem Zuhause vertrieben zu werden, ihr Land zerstört zu sehen, Freund*innen zu verlieren oder getötet zu werden. Sie machen sich keine Illusionen über die Zukunft und bereiten sich darauf vor, das gleiche Schicksal wie ihre Nachbarn in Gaza oder Jenin zu erleiden. Die Vermehrung von Saatgut, die Eigenproduktion, die Agrarökologie und die Netzwerke der gegenseitigen Hilfe, an die wir aus humanitären und ökologischen Gründen glauben, erhalten so eine tiefgreifende Dimension, nämlich die des Überlebens und des Widerstands.

Julie und Vera

*Die Vornamen wurden geändert.

1. Applied Research Institute Jerusalem ARIJ

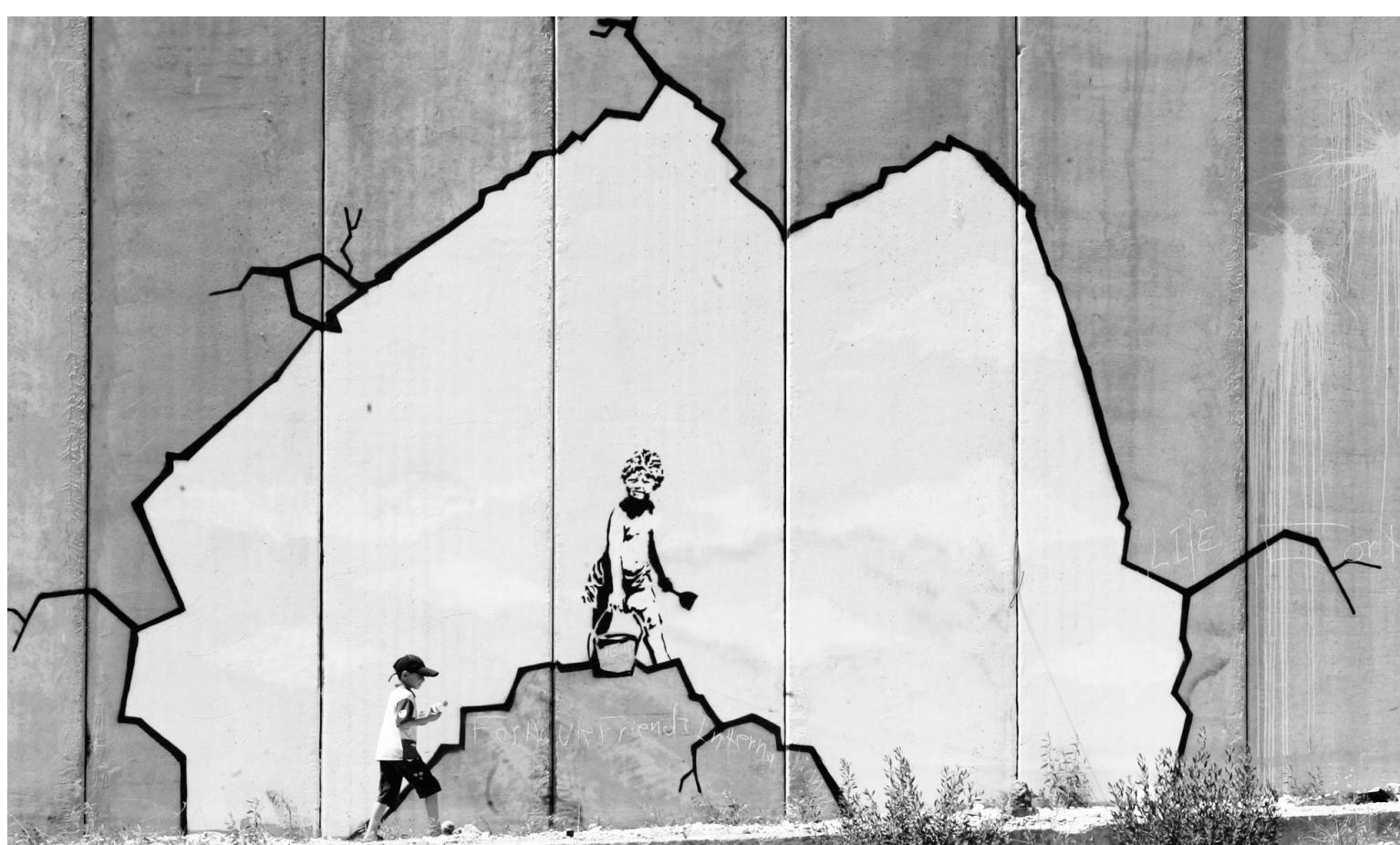
2. www.news.un.org/fr/story/2025/11/1157877

3. Am 26. Dezember 2025, kurz nach der Fertigstellung dieses Artikels, informierte uns ein Freund, dass 50 bewaffnete Siedler in das Dorf eingedrungen sind. Sie begaben sich zu den Wasserquellen und zerstörten die Pflanzen in der Umgebung. Die Bewohner*innen sind besorgter denn je.

4. Israelische NGO HaMoked, basierend auf Zahlen des IPS (israelische Strafvollzugsbehörde) www.hamoked.org/prisoners-charts.php

5. Zum Beispiel der Bericht der israelischen NGO B'Tselem «Welcome to hell», Juli 2024 [6. Siehe beispielsweise den Film «5 Broken Cameras», Emad Burnat und Guy Davidi, 2011](http://www.btselem.org/publications/202408>Welcome to hell</p>
</div>
<div data-bbox=)

7. Gemäss der Aufteilung des Westjordanlands in drei Zonen im Rahmen der Osloer Abkommen von 1995, die eigentlich nur vorübergehend sein sollte. Die Zone C macht 60 Prozent des Territoriums aus, ist der einzige zusammenhängende Landstreifen und steht unter israelischer ziviler und militärischer Kontrolle.



Keine Mauer bleibt ewig stehen. Banksy nahe dem Kalandia-Checkpoint im Westjordanland

Gaza Community Kitchen

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel und der schrecklichen Zerstörung, die der darauffolgende Krieg mit sich brachte, lebt Noa mit einem bitteren Gefühl der Absurdität: «Wie kommt es, dass wir so weit weg sind von den Menschen in Gaza, gefangen in der Gewohnheit der Trennung, obwohl wir nur eine halbe Stunde voneinander entfernt sind. Und nicht nur das, wir sind nur einen Handybildschirm und eine WhatsApp-Nachricht voneinander entfernt, als ob wir, wenn wir wollten, einfach miteinander sprechen könnten.»

Aber sie unternahm nichts, bis sie eines Tages eine Nachricht von Mohammed erhielt.

«Hallo Noa, ich bin Mohammed, dein Freund aus Gaza.»

«Hallo Mohammed, ich bin Noa, deine Freundin aus Tel Aviv.»

Nach dem 7. Oktober 2023 schickt Mohammed über soziale Netzwerke eine Nachricht aus Gaza an Noa, die in Tel Aviv lebt. Sie kennen sich nicht. Noa befürchtet, dass es sich um einen Betrugsversuch handelt, beschliesst aber dennoch zu antworten. Mohammed ist einer von tausenden Menschen in Gaza, die nach Wegen suchen, um zu überleben. Die israelische Kontrolle über die Lebensmittel, die in den Gazastreifen gelangen oder auch nicht, begann nicht erst mit dem aktuellen Krieg. Unmittelbar nach der Verhängung der Blockade über Gaza im Jahr 2007 verhängte Israel Beschränkungen hinsichtlich der Menge

und Zusammensetzung der Lebensmittel, die in den Gazastreifen gelangen durften. Während der Kriegsmonate seit Oktober 2023 hat Israel Lebensmittel als Druckmittel eingesetzt, und die Aushungerung der Bevölkerung von Gaza ist zur offiziellen Politik geworden.

Nach Angaben des Welternährungsprogramms stehen inzwischen weniger als 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im Gazastreifen für den Anbau zur Verfügung. Einige Bewohner:innen haben es geschafft, kleine Gemüsegärten anzulegen, aber es gibt fast kein Obst, wenig Gemüse, und alle frischen Produkte sind rar und teuer. Die meisten Einwohner:innen ernähren sich von Konsernen, Brot und Linsen, deren Preise ständig schwanken. Im Juli 2025 lag der Preis für ein Kilo Mehl bei etwa 23 Euro. Wer essen will, muss Geld aufstreben. Daher haben viele Bewohner:innen Gazas die Bettelmethode des 21. Jahrhunderts entdeckt: über die sozialen Netzwerke. Einige nutzen Instagram, andere

TikTok oder Facebook. Meistens veröffentlichen sie ein Video. Vorzugsweise ein kurzes, das Aufmerksamkeit erregt. Einige beginnen ihre Story mit einem Katzen-Video und reden erst danach über Hunger und Not. Das Wichtigste ist, dass jemand die Kurzfilme anschaut und womöglich Geld spendet. Aber selbst wenn der Gazabewohner oder die Gazabewohnerin ein offenes Ohr findet, selbst wenn jemand 25 Euro schickt und er oder sie heute den Magen ein wenig füllen kann, weiß man nicht, was morgen passieren wird.

Hinzu kommen steuerliche Schwierigkeiten. Heute gibt es fast kein Bargeld mehr im Gazastreifen. Kreditgesellschaften und Banken in Israel und weltweit hindern Spender:innen daran, Geld an die Bewohner:innen des Gazastreifens zu schicken. Dies gilt auch für kleine Beträge, die direkt an Familien überwiesen werden. Die Provision für Geldtransfers kann bis zu 45 Prozent betragen.¹

GoFundMe beispielsweise hat Geldtransfers nach Gaza aus Spenden in Höhe von mehreren Millionen Euro eingefroren, aufgrund eines sogenannten Überprüfungs- und Genehmigungsverfahrens, mit dem sichergestellt werden soll, dass die Empfänger:innen nicht in terroristische Aktivitäten verwickelt sind.² Es gibt keine Bankdienstleistungen mehr in Gaza, aber es gibt Wechselstuben – oft von Personen, die POS-Automaten³ nutzen und exorbitante Zinsen verlangen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, Kryptowährungen einzutauschen, um an physisches Geld zu kommen, das allgemein sehr knapp ist.

Vom Individuum zum Kollektiv

Mohammed und seine Frau Dina leben im Flüchtlingslager Al Maghazi im Zentrum des Gazastreifens. Beide haben beschlossen, nicht nur ihre drei Kinder zu ernähren, sondern zu versuchen, auch die anderen Bewohner:innen

des Lagers mit Lebensmitteln und Wasser zu versorgen. Sie haben im Flüchtlingslager eine Gemeinschaftsküche eingerichtet. Mehr als 100 Menschen sind von ihnen abhängig. Die Bewohner:innen des Lagers werden für Aufgaben wie die Beschaffung von Lebensmitteln, das Kochen und die Verteilung mobilisiert. Die Freiwilligenarbeit hilft den Menschen, aus der Not herauszukommen und zu aktiver Initiative überzugehen. Wo Israel versucht hat, das ganze Gewebe des Lebens zu zerstören, bemühen sich Dina und Mohammed, wieder eine Gemeinschaft aufzubauen. Anstatt nur die eigene Familie zu schützen, handeln sie solidarisch mit den anderen im Lager, um eine gewisse Ernährungssicherheit zu erreichen und um die Hoffnung auf ein gemeinsames Leben nicht aufzugeben.

Die Herausforderungen sind enorm. Neben der Beschaffung von Geld- und Lebensmitteln gibt es den menschlichen Aspekt: die Konfrontation mit anderen Menschen in Not; mit Hungernden, die befürchten, dass aufgrund der langen Warteschlange nichts mehr für ihre Kinder übrigbleibt. Manchmal verlieren die Notleidenden die Geduld. Und dennoch versuchen Dina, Mohammed und die Freiwilligen immer, jede:en, die/der zu ihnen



Mit Dank an die Unterstützer:innen. Bei der Essensausgabe. Foto: Gaza Kitchen

kommt, ob bekannt oder unbekannt, wie einen Menschen zu behandeln. Selbst wenn die Töpfe leer sind. Selbst wenn sich jemand in der Warteschlange vordrängelt. Trotz ihrer eigenen schwierigen Lage versuchen sie, die Anderen in ihrer Not zu sehen.

Die Küche besteht aus einem Eisengerät, das als Herd dient. Ein Kleinlaster mit einem Tank und einem Bewässerungsschlauch bringt Trinkwasser, das in Plastikkanister abgefüllt werden kann. Dina und Mohammed fanden zudem Brennstoff und ein paar grosse Töpfe. Sobald ihre Küche in Funktion getreten war, machten sie Fotos und schickten sie an die Spender:innen, um zu zeigen, was mit dem Geld gemacht wurde, und um zu versuchen, weitere finanzielle Unterstützung zu finden. Denn auch die zukünftigen Mahlzeiten mussten und müssen garantiert werden.

Noa in Tel Aviv geriet zufällig in dieses ganze Geschehen, als Mohammed ihr in einem sozialen Netzwerk vorschlug, Freunde zu werden. Noa, Mohammed und Dina begannen daraufhin, über Messenger zu korrespondieren. Noa schickte ihnen Fotos und sie ihr auch. Sie stellte ihnen Fragen mit Bescheidenheit und Feingefühl. Die Drei begannen, sich über das Leben, die Familie und sogar

über politische Meinungen auszutauschen. Über den Hunger, über Israel, die Hamas und den Raum, den sie teilen. So entstand eine direkte Verbindung zwischen Menschen.

Hindernisse überwinden

Noa machte sich an die Arbeit. Angesichts der Hindernisse, die Regierungen und Grenzen verursachen, schuf sie ein Unterstützungsnetzwerk von unten – von Bürgerinnen und Bürgern. Sie richtete eine Fundraising-Website ein, mobilisierte ihre Bekannten und eröffnete mit Hilfe von Freund:innen ein Bankkonto in Kanada, damit die gesammelten Gelder nicht beschlagnahmt werden können. Noa hatte auch die Idee, eine Familie aus Gaza zu «adoptieren». Eine Familie in Gaza benötigt etwa 850 Euro pro Monat, um in dieser Zeitspanne zweimal pro Tag essen zu können. 10 Personen schliessen sich zusammen, um einen solchen Betrag zu sammeln, und verpflichten sich dazu, diesen monatlich zu spenden. So wissen Mohammed und Dina, dass diese zwei Mahlzeiten pro Tag für eine Familie und einen ganzen Monat garantiert sind. Je mehr sich Gruppen von 10 Spenderinnen bilden, umso mehr Menschen können regelmässig versorgt werden.

Das Unterstützungsnetzwerk besteht aus kleinen Netzwerken, die jeweils unabhängig sind und aus einer Gruppe von Menschen bestehen, die eine Familie in Gaza unterstützen. Jedes Netzwerk hat ein oder zwei Koordinatorinnen, welche die Unterstützung (derzeit finanzieller Art) sammeln und an die betroffene Familie weiterleiten. Die Koordinatorin ist auch für die Verbindung zur Familie und die Beantwortung von Anfragen der Netzwerkmitglieder zuständig. Die Initiative ist organisch, dynamisch und weiter entwicklungsfähig. Sie wächst dank der Familien und Begleiter:innen, die sich daran beteiligen.

Gal Karniel*

* Gal, selbst Israeliin und Mitglied des EBF, hat im November 2025 Informationen über das Netzwerk und eine Bitte um finanzielle Unterstützung erhalten. Sie begann zu recherchieren, Informationen zu sammeln und mit den am Projekt beteiligten Personen zu sprechen. Sie hat überprüft, ob die Initiative wirklich existiert und ob das Geld tatsächlich von Kanada in den Gazastreifen gelangt. Seither unterstützt das EBF diese Initiative. Siehe auch ihren Artikel vom 11.02.2024 «Von Tag zu Tag», Archipel 333. www.gazacomunitykitchen.com www.gazasupportnet.com

1. Nir Hasson, Haaretz, 3. Januar 2026

2. Al Jazeera, 26. Juni 2025

3. POS (engl. «Point of Sale»): Online-Terminal zum bargeldlosen Bezahlung.

PALÄSTINA / ISRAEL

Verbot von Hilfsorganisationen

Am 30. Dezember 2025 verkündete die israelische Regierung die Aufhebung der bis dahin gültigen Registrierungen für 37 internationale Hilfsorganisationen in Gaza, dem Westjordanland und Israel. Auch die Registrierung der Frankfurter Hilfsorganisation «medico international» wird aufgehoben.

Tsafrir Cohen, Geschäftsführer von «medico international» kommentiert das Verbot wie folgt: «Wir weisen den Beschluss der israelischen Regierung entschieden zurück. Die israelische Regierung unterminiert das völkerrechtlich verankerte Recht der palästinensischen Bevölkerung auf humanitäre Unterstützung und versucht, sie dadurch weiter zu isolieren.»

Die israelische Regierung versucht über willkürlich erlassene Administrativmassnahmen, die diese im März 2025 gegenüber internationalen NGOs einführte, die humanitäre Hilfe einzuschränken bzw. umfassend zu kontrollieren. Die Anforderungen an die damit einhergehende Neu-Registrierung der Arbeit und Präsenz internationaler Organisationen in den völkerrechtswidrig von Israel besetzt gehaltenen palästinensischen Gebieten waren bewusst vage gehalten und schlossen unter anderem Kritik an israelischem Regierungshandeln faktisch aus. Weitere Aspekte der neuen Anforderungen waren aus rechtlichen und anderen Gründen nicht hinnehmbar, etwa die Weitergabe persönlicher Daten von Angestellten oder die Offenlegung kleinsten Einzelheiten der Projektplanung

– kurzum: Anforderungen an unabhängige Organisationen, wie sie vor allem aus Staaten wie Russland, Indien und anderen Ländern seit Langem bekannt sind. Der medico-Geschäftsführer Tsafrir Cohen dazu: «Die israelische Regierung verbreitet schwerwiegende Anschuldigungen, ohne Beweise für diese zu liefern – das ist Demagogie in einem Land, in dem Völkerrecht gezielt ausser Kraft gesetzt wird. Zielte die Kriminalisierung zuerst auf palästinensische Menschenrechtsorganisationen ab, waren von weiteren Zwangsmassnahmen auch israelische Kolleginnen und Kollegen betroffen. Mittlerweile wird diese Kampagne auf die internationale Hilfe ausgeweitet.» (...)

Zum Hintergrund

Die gezielte Politisierung der israelischen Bürokratie gegenüber internationalen Organisationen fand ihren Ausdruck bereits darin, dass die Verantwortung für dieses Portfolio vom israelischen Arbeits- und Sozialministerium an das politisch besetzte Ministerium für Diaspora-Angelegenheiten und den Kampf gegen Antisemitismus unter Amichai Chikli übergegangen war. Dementsprechend

hat sich das Humanitäre Länderteam der Vereinten Nationen, das diverse UN-Agenturen und über 200 internationale und lokale NGOs repräsentiert, entschieden gegen diese Massnahme positioniert und vor ihren katastrophalen Folgen gewarnt. In einer gemeinsamen Stellungnahme haben außerdem die Außenministerinnen und -minister Frankreichs, Grossbritanniens, Japans, Kanadas, Dänemarks und fünf weiterer Staaten* den Schritt kritisiert und seine Rücknahme verlangt. Die deutsche Bundesregierung fehlt bis dato unter den Unterzeichnerstaaten dieser Erklärung.

Es sei daran erinnert, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag in seinem Gutachten am 19. Juli 2024 festhielt, dass die Präsenz Israels als Besatzungsmacht im besetzten palästinensischen Gebiet illegal ist, nicht jedoch die humanitäre Arbeit, die vor Ort betrieben wird. Die Arbeit der 37 Organisationen und ihrer palästinensischen Partner:innen folgt den humanitären Prinzipien. Ihre Kritik am israelischen Regierungshandeln basiert auf Völkerrecht und weiteren menschenrechtlichen Vertragswerken. Wenn die Bundesregierung ihren rechtlichen Verpflichtungen auch im Falle Israels und der schutzberechtigten palästinensischen Bevölkerung nachkommen will, wäre eine entsprechende Positionierung an der Seite der oben erwähnten zehn Regierungen ein erster, wenn auch kleiner Schritt. Weitere Massnahmen zur Durchsetzung des Rechts sollten folgen.

Für Presseanfragen: Riad Othman, Nahost-Referent medico international, othman@medico.de, +49(0)176 57761601, medico international e.V. | www.medico.de

* Die humanitäre Hilfe des Gazastreifens – Gemeinsame Erklärung der Außenminister Kanadas, Dänemarks, Finlands, Frankreichs, Islands, Japans, Norwegens, Schwedens, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs. 30.12.25

Ein letzter Besuch in Kramatorsk?

Im Dezember 2025 legten wir 3000 km von Transkarpatien nach Dnipro, Kramatorsk, Charkiw und Sumy zurück, um Initiativen der ukrainischen Zivilgesellschaft zu besuchen. Wir wollten in Erfahrung bringen, wo sich ausländische Freiwillige engagieren können. Und wir wollten den Donbas und unsere dortigen Freundinnen und Freunde noch einmal sehen, bevor es vielleicht zu spät ist.

Zu dritt machten wir uns auf den Weg. Mit mir reisten Genia Korolev und Nastya Malkyna, eine Künstlerin und eine Künstler aus Luhansk, die 2022 in Transkarpatien Zuflucht gefunden haben. Nach eineinhalb Tagen Fahrt (mit einer Pause – in der Nacht herrscht überall in der Ukraine außer in Transkarpatien Ausgangsperre) sind wir bei unseren Freunden Lena und David in Dnipro eingetroffen. Seit Kriegsbeginn ist David Fahrer bei der NGO «East-SOS» und hilft Menschen aus allen Frontgebieten bei der Flucht. Lena unterstützt und berät Flüchtlinge in den Durchgangszentren, von wo aus diese entsprechend ihren Wünschen und Möglichkeiten an sichere Orte gebracht werden. Lena und David gaben uns gute Tipps für die Fortsetzung unserer Reise nach Kramatorsk. Seit unserem letzten Besuch im Frühsommer 2024 hat sich dort viel verändert. Die Hauptstrasse führt über Pokrowsk (seit Sommer 2024 ist diese Bergbaustadt heftig umkämpft) und ist gesperrt. Die anderen Straßen sind gefährlich, vor allem, je näher man der Front kommt. Russische Drohnen fliegen bis zu 40 km hinter die Front. Deshalb sind diese Straßen mit Anti-Drohnen-Netzen abgesichert. David hat uns Videos auf seinem Handy gezeigt. Mit einer speziellen Software kann er sich in die Datenübertragung der russischen Drohnenpiloten einloggen und zeitgleich das gleiche Bild wie sie sehen. Wenn sein Auto auf dem Bildschirm erscheint, müssen er und seine Passagiere das Fahrzeug blitzschnell verlassen. Das Auto könnte innerhalb von Sekunden zum Ziel der Drohne und damit zur tödlichen Falle werden. Das Kriegsrecht benachteiligt humanitäre Organisationen (zumindest in diesem Zusammenhang). Wenn ein Auto mit einem Drohnenerkennungs- oder Störsystem ausgestattet ist, gilt es als Konfliktpartei. Deshalb

wollen internationale Organisationen solche Geräte nicht finanzieren, obwohl sie die Sicherheit der Evakuierungsteams deutlich erhöhen würden.

Lena hat uns auch einiges über ihre Arbeit in den Durchgangszentren berichtet. Die Leute aus den Frontgebieten flüchten in Wellen, und zuletzt flüchten meist diejenigen, die keine Vorstellung davon haben, wohin sie gehen könnten, also die sozial schwächsten Menschen ohne Verwandte in anderen Regionen. Manche sind krank, alt oder verwirrt, oder alles zugleich. Es ist weiterhin ein grosses Problem, dass der Staat den Menschen zu Beginn der Flucht keine konkreten Angaben machen kann, wo sie zu guter Letzt hingekommen sind. Und dann gibt es auch viele Leute, die nach der Flucht wieder in ihre Heimat zurückkehren: Ihnen ist das risikante Leben nahe der Front lieber als jenes in der Fremde. Es gibt aber auch ganz aussergewöhnliche Geschichten, zum Beispiel von Leuten, die es zu Fuss, quer durch die Front aus einem besetzten Gebiet, bis tief in die Ukraine geschafft haben.

David hat uns ins Machno-Pub in der Innenstadt eingeladen. Es war interessant zu sehen, wie die alternative Szene der vom Krieg gezeichneten Grossstadt Dnipro ihren Sonntagabend in einer angesagten Bar verbringt. Diese ist voller Erinnerungen an «Vater Machno», den Anführer der ukrainischen Anarchist:innen während der Revolution von 1917 bis 1921. Ich würde nicht behaupten, dass Machnos Ideen im politischen Diskurs der heutigen Ukraine eine grosse Rolle spielen, aber auf jeden Fall wird er an vielen Orten verehrt. Während unseres Aufenthalts in Dnipro hatten wir Glück, die Sirenen gaben zwar einige Male Alarm, aber wir erlebten keine direkten Treffer durch Raketen oder Drohnen. Das änderte sich knapp eine

Stunde nach unserer Abreise am Morgen des 1. Dezembers, als die Stadt von zwei ballistischen Raketen getroffen wurde. Es gab vier Tote, darunter ein Kind, und Dutzende Verletzte.

Kramatorsk

Am dritten Tag sind wir in Kramatorsk angekommen. Diese graue (aber im Sommer auch grüne) Industriestadt, die vor dem Krieg 200.000 Einwohner:innen zählte, ist seit 2014 der Sitz der Verwaltung der Oblast Donbas. Die Front liegt derzeit

etwa 25 km entfernt. Die Russen und Trump wollen, dass die Ukraine das stark befestigte Kramatorsk und die umliegenden Gebiete kampflos abgibt – eine aus ukrainischer Sicht absurde Forderung. Bei der Anreise sieht man zahlreiche frisch ausgehobene Gräben, die mehrere Meter breit und tief sind und sich in dem vorwiegend flachen Land bis zum Horizont erstrecken. Die Gräben sind mit Stacheldraht gefüllt, ein militärischer Durchbruch scheint unvorstellbar. In der Stadt selbst sind nur die Tankstellen mit Netzen geschützt. Unsere Eindrücke von Kramatorsk waren gemischt. Einerseits ist die Stadt lebendig, die Trolleybusse sind voller Menschen, man sieht auch Familien mit Kindern spazieren gehen, die Geschäfte und Cafés sind geöffnet. Nach Schätzungen unserer Gesprächspartner:innen in der Stadt leben hier noch immer etwa 100.000 Menschen. Aber der Krieg hinterlässt hässliche Spuren. Ganze Häuserblocks sind durch Raketenbeschuss in Schutt und Asche gelegt. Die Sirenen heulen ununterbrochen, niemand scheint sich darum zu kümmern. Auch niemand achtet auf das dumpfe Geräusch und die Vibrationen des nahen Artilleriebeschusses, höchstens schaut man in die Richtung, aus der das Donnern kommt. Wir hatten Glück während unseres etwa 24-stündigen Besuchs, denn nur kurz nach unserer Abreise begannen massive Bombardierungen. Zwei Kampfdrohnen trafen im Abstand von einer halben Stunde ein Gebäude und töteten zwei Rentnerinnen.

«Vsi Porutsch» (Alle zusammen)

Unsere Freundin Anna Nahorna (sie organisiert unter anderem «Mental Health Camps» für Kriegsopfer aus der Region Charkiw) hat uns empfohlen, Svitlana Zouyeva von der Organisation «Vsi Porutsch» zu treffen. Svitlana hat uns am Sitz ihrer Organisation in Kramatorsk herzlich empfangen. Das Lokal ist mit unzähligen Kartons humanitärer Hilfe überfüllt, es sind vor allem Medikamente und Hygieneartikel. Man kommt fast nicht durch. Während unseres anderthalbstündigen Treffens kamen und gingen ständig Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ein und aus. «Vsi Porutsch» zählt etwa 80 Freiwillige, vor allem in Kramatorsk, und hat auch Niederlassungen in Lwiw und Riwne im Westen der Ukraine. Die Organisation wurde 2014 gegründet und ist seit 2022 offiziell registriert. Die Hauptaktivitäten sind auch hier die Evakuierung von Menschen (auch mit gepanzerten Fahrzeugen) und humanitäre Hilfe für Zivile und Soldaten, vor allem mit Medikamenten. Unter den Freiwilligen sind ein paar Ausländer:innen, zum Beispiel Andrzyk aus Polen, der seit 2022 in Kramatorsk ist. Andere kommen und gehen, wie zum Beispiel ein Mann aus Australien. Als er zwischen zwei Aufenthalten in Kramatorsk nach Australien zurückkehrte, hat er zwei Krankenwagen für die Evakuierung bettlägeriger Menschen organisiert. Dieser Freiwillige spricht weder Ukrainisch noch Russisch und kommuniziert mit den Einheimischen über die Übersetzung-App auf seinem Handy, was für niemanden ein Problem zu sein scheint. Svitlana freut sich über die gute Zusammenarbeit der verschiedenen NGOs in Kramatorsk; einmal monatlich finden Koordinationstreffen statt.

Als sie über die Evakuierung älterer Menschen aus der Umgebung von Kramatorsk in



Netze zum Schutz vor Drohnen über einer Landstrasse. Fotos: der Autor

Svitlana Zuyeva träumt davon, auch weiterhin in Kramatorsk zu leben, wo sie geboren ist und immer gelebt hat.



den Westen der Ukraine spricht, sieht man, wie ihr Blick aufleuchtet. Es scheint, als kenne sie zu jeder Person eine persönliche Geschichte. Für sie ist es wichtig, dass auch nach der Flucht alles gut läuft, dass sich diese Menschen in einer unbekannten Umgebung und fremden Kultur willkommen und wohl fühlen. Eine Psychologin betreut die Menschen während ihrer Abreise. Es gibt Menschen, die während der Bombardierungen ihre Dokumente verloren haben, sie benötigen Hilfe, um neue zu bekommen. Es gibt auch Probleme mit Haustieren, vor allem bei der Wohnungssuche. Viele Vermieter*innen akzeptieren keine Tiere.

Svitlana hat ihre Familie in die Stadt Chmelnyzkyj im westlichen Zentrum der Ukraine umgesiedelt. Sie freut sich über den freundlichen Empfang durch die Einheimischen. Es gibt dort schon eine Art Siedlung von Leuten aus Kramatorsk, auch dies ist hilfreich. Leerstehende Häuser wurden renoviert, um die Geflüchteten unterzubringen.

Verdrängte Gefahr

Die vielen Kinder, die sich weiterhin in Kramatorsk aufhalten, bereiten Svitlana Sorgen. Das Leben wird immer gefährlicher: FPV-Drohnen und Drohnen mit Glasfasersteuerung fliegen ungehindert über die Stadt und töten nach Belieben. Ebenso beunruhigend ist die Anwesenheit von immer noch etwa 2000 Menschen mit Behinderung. Wie kann man sie im Notfall schnell evakuieren? Die Gefahr besteht darin, dass man sich, wenn man in einer Stadt lebt, die bombardiert wird, daran gewöhnt und den Detonationen kaum noch Beachtung schenkt. Wir haben 2024 das benachbarte Drouzhkivka besucht. Bis damals war diese kleine Stadt, die für ihr Porzellan und ihre Sonnenblumenkerne-Halva bekannt ist, vom Krieg weitgehend verschont geblieben. Die Front war dabei schon damals recht nahe. Jetzt wird Drouzhkivka täglich bombardiert. Die Militärbehörde hat Familien mit Kindern aufgefordert, das Gebiet umgehend zu verlassen. Aber es gibt Familien, die sich mit ihren Kindern in Kellern verstecken. Ein häufiger Grund dafür ist, dass die Väter Angst haben, am ersten Kontrollpunkt von der Armee eingezogen zu werden. Die Angst ist berechtigt, denn Kontrollpunkte gibt es überall und die Rekrutierung läuft auf

Hochtouren. «Vsi Porutsch», das sind auch die Reparaturteams, die nach den Bombardierungen durch Gleitbomben oder Drohnen ausfahren und die zerborsteten Fenster mit OSB-Platten verschliessen. Ältere Menschen

verstehen oft nicht, dass die Hilfe kostenlos ist. Svitlana und ihr Team freuen sich auf Freiwillige aus dem Ausland, es gibt jede Menge zu tun und sie betreuen die Leute, die sich hier engagieren wollen gerne.

In Kramatorsk haben wir auch unsere Freunde vom «Tato Hub» wieder getroffen, einer weiteren Freiwilligeninitiative, mit der Genia und Nastya schon mehrmals zusammen gearbeitet haben. Ursprünglich war das Tato-Hub (Tato ist ukrainisch für Papa) eine Idee von Vätern, die sich mehr mit ihren Kindern beschäftigen wollten. Seit dem Krieg ist daraus eine humanitäre Organisation geworden. Denis, einer der Freiwilligen, erzählt, dass sie sich jetzt hauptsächlich um die Kinder aus den Dörfern in der Nähe von Kramatorsk kümmern. Die Schulen sind seit Jahren geschlossen. Tato-Hub bringt die Kinder an sicheren Orten zusammen und hilft ihnen, die Lücken des Fernunterrichts zumindest teilweise zu schliessen. Zugleich erhalten die Kinder ein Minimum an sozialem Kontakt zurück.

Jürgen Kräftner, Dezember 2025
Zweiter Teil des Reiseberichts im nächsten Archipel

BEGLEITENDE GEDANKEN

Die Begriffe, die in Westeuropa im Zusammenhang mit der Ukraine derzeit am häufigsten verwendet werden, sind wahrscheinlich Kriegsmüdigkeit, Desertion, Korruption, Friedensverhandlungen und Gebietsabtretungen. Das trägt dem anhaltenden Widerstandswillen der meisten Ukrainerinnen und Ukrainer nicht Rechnung. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht bereit, Russland Zugeständnisse zu machen, und fordert Gerechtigkeit. Ebenfalls ist es bemerkenswert, dass die ukrainische Zivilgesellschaft auch während des Krieges nicht gelähmt ist. Lebhafte öffentliche Debatten werden geführt und, wo nötig, finden auch Protestaktionen und Demonstrationen statt, so im vergangenen Sommer, als Demonstrationen gegen die Entmachtung der Antikorruptionsbehörden den Präsidenten zu einer politischen Kehrtwende zwangen. Und in vielen Kreisen wächst die Erkenntnis, dass die junge Generation der Ukraine einen grossen Vorsprung gegenüber Gleichaltrigen in den meisten anderen europäischen Ländern hat, wenn es darum geht, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Diese jungen Menschen mussten schmerzlich erkennen, dass ihnen, ohne ihr Zutun, keine der Grundfreiheiten und Menschenrechte garantiert sind, ganz im Gegenteil. Ihre Eltern und Grosseltern haben ihnen vom Holodomor¹ erzählt, viele wissen, dass die grössten ukrainischen Dichter*innen und Denker*innen vom sowjetischen Regime ermordet wurden, sie haben von dem Verbrechen von Tschernobyl gegen die ukrainische Bevölkerung gehört. Sie haben vielleicht schon persönlich die Periode des Rechts

des Stärkeren in den 1990er Jahren und die daraus resultierende Oligarchie erlebt, spätestens seit dem Maidan 2013-2014 wissen sie, dass es sich lohnt, für eine freie Gesellschaft auf die Strasse zu gehen, und sie wissen, dass ihr imperialistischer Nachbar den ukrainischen Freiheitswillen um jeden Preis brechen will. Diejenigen, die Freundinnen und Freunde im Westen haben oder dort einige Zeit verbracht haben, erkennen den Unterschied. Bereits mehrere Generationen von Westeuropäer*innen kennen nichts anderes als Frieden und mehr oder weniger stabile demokratisch-liberale Verhältnisse. Dieser Komfort führt dazu, dass sie denken, dass die Grundfreiheiten demokratischer Gesellschaften, die auf Menschenrechten basieren, ohne besondere Anstrengungen Bestand haben werden. Eine pazifistische, auf Dialog basierende Haltung würde dementsprechend ausreichen, um sicher zu sein, dass der Lärm des Krieges sie niemals nachts aufwecken würde. In diesem Zusammenhang finde ich es wichtig, dass junge (oder weniger junge) Menschen aus anderen Ländern für eine gewisse Zeit die vielfältigen Formen der Solidarität erleben, die in den Frontgebieten der Ukraine gelebt werden.

Jürgen Kräftner

1. Ausrottung durch Hunger in der Sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine und im Kuban (in Russland, aber damals überwiegend von Ukrainer*innen bewohnt) in den Jahren 1932 und 1933, die nach Schätzungen von Historiker*innen zwischen 2,6 und 5 Millionen Todesopfer forderte. Der Holodomor wird von 33 Ländern als Völkermord oder Ausrottung anerkannt. Das Europäische Parlament hat ihn 2008 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt und befand, dass es sich um eine provozierte Hungersnot und ein «Verbrechen gegen das ukrainische Volk und gegen die Menschlichkeit» handelte, und stufte ihn 2022 als Völkermord ein.



MAROKKO

Ein Fest – nicht für alle

Ein «sauberes» Marokko in voller wirtschaftlicher Expansion – das ist es, was heute den Besucher·innen des grossen afrikanischen Fussballwettbewerbs CAN, präsentiert wird. Und 2030 geht es weiter mit der Weltmeisterschaft, die gemeinsam mit Portugal und Spanien ausgerichtet wird. Marokko tritt in den Kreis der Grossen ein, man spricht sogar von zivilisatorischen Herausforderungen! Die Wirtschaft läuft auf Hochtouren, aber nicht für alle.

Marokko ist ein afrikanischer Staat, und seine Partnerschaften sowie wirtschaftlichen und strategischen Interessen mit den «Bruderstaaten» bleiben von entscheidender Bedeutung. CAN ist anscheinend eine grossartige Gelegenheit, diese zu stärken. Einige Milliarden wurden investiert, um die grossen sportlichen Ereignisse auszurichten und diese Gelegenheit zu nutzen, um das Land zu modernisieren: Verkehrsnetze, Flughäfen, 5G in weiten Teilen des Landes, ganze Stadtviertel werden renoviert, Fassaden weiss getüncht, um einen sauberen Eindruck zu machen, sowie einige gigantische Stadien errichtet, um zu zeigen, dass dieses Land nicht hinterherhinkt, ganz im Gegenteil.

Die Armen wurden aus ihren Vierteln vertrieben – wohin, habe ich noch nicht erfahren. Sie werden ferne Zuschauer·innen des grossen Festes bleiben. Der Zugang zu den Stadien ist sicherlich nicht für alle erschwinglich, aber jede·r kann immer noch auf der

Strasse seine Freude herausschreien, wenn Marokko als Sieger hervorgeht, und so Teil der siegreichen Nation sein. Und falls es nicht gelingen sollte, die Stadien zu füllen, haben die Menschen aus Subsahara-Afrika vielleicht die Möglichkeit, Zugang zu erhalten. Doch das ist dann reiner Utilitarismus, sagt Alpha Camara von der ALECMA («Association Lumière sur l'Émigration au Maroc»).

Immer mehr Repression

Die Schwarzen, die auf der Suche nach Arbeit oder ein paar Dirham zum Überleben durch die Strassen von Rabat streiften, gibt es fast nicht mehr. Sie verstecken sich, weil die Verhaftungen zunehmen. Sogar Frauen werden verhaftet – das ist ziemlich neu. Neu ist auch, dass Schwarze, die einfach nur am Busbahnhof in den Bus steigen wollen, zur Kontrolle ihrer Papiere angehalten werden. Die Schalterbeamten sind verpflichtet, Reisende, die nicht die «richtige» Hautfarbe haben,

nach einem gültigen Ausweis zu fragen. Selbst wenn sie eine völlig reguläre Aufenthaltsgenehmigung oder eine Bescheinigung des UNHCR als Asylbewerber·innen haben, werden sie von feindlich gesinnten Polizist·innen abgeführt und wie Straftäter·innen in Gewahrsam genommen. Die Demütigung ist gross. Sie werden zwar sehr schnell wieder freigelassen, haben aber eine erdrückende Diskriminierung erlebt.

Wie Nadia Khrouz, Vorsitzende der anti-rassistischen Organisation GADEM¹ betont, müssen die von der Generation Z eingeforderten Rechte sowie die Rechte für Ausländer·innen, die sich in Marokko niederlassen wollen, jeweils erkämpft werden. Aber was tun das UNHCR, die IOM (Internationale Organisation für Migration) und andere internationale Organisationen, die für den Schutz und die Begleitung von Migrant·innen zuständig sind? Nach den Budgetkürzungen, welche die Trump-Regierung den grossen UN-Organisationen auferlegt hat, kämpfen sie darum, die wenigen ihnen verbleibenden Begleitkapazitäten zu erhalten. Es sei daran erinnert, dass das UNHCR eine wichtige Rolle bei der Aufnahme von Geflüchteten spielt. Es ist die erste Anlaufstelle, an die sie sich wenden können, um Schutz zu beantragen. Sie erhalten dann zumindest einen Asylantrag, was der erste Schritt ist.

Danach folgt ein langer und beschwerlicher Weg durch ein Labyrinth, um eventuell zu einer Legalisierung zu gelangen. Nur sehr Wenige schaffen es bis zum BRA (Büro für Flüchtlinge und Staatenlose des Aussenministeriums), um eine Aufenthaltsbescheinigung beantragen zu können. Leider habe ich keine statistischen Zahlen, wie viele Menschen im Verhältnis zu den Anträgen tatsächlich Papiere erhalten, aber laut Zeugenaussagen sind es

nur sehr wenige. Auch wenn das UNHCR und seine Partner-innen verschiedene Initiativen ergriffen haben, welche die Integration von Geflüchteten und deren Zugang zu Rechten erleichtern, hält sie das Fehlen einer Aufenthaltsgenehmigung in einer prekären Situation. Denn ihre durch die Konvention anerkannten Rechte sind nach wie vor schwer auszuüben. Darüber hinaus schränkt die Abhängigkeit der Flüchtlinge vom UNHCR deren Autonomie ein. Logischerweise befinden sich Geflüchtete ohne Aufenthaltsgenehmigung in einer Situation ständiger Abhängigkeit von humanitärer Hilfe, was ihre Fähigkeit, sich vollständig in die marokkanische Gesellschaft zu integrieren, beeinträchtigt.

Heute bringt die massenhafte Ankunft von Sudanesischen, die aus ihrem vom Krieg heimgesuchten Land oder aus den Flüchtlingslagern im Tschad fliehen, die etablierte Ordnung ein wenig durcheinander. Die historischen Migrantinnengemeinschaften, vor allem aus Westafrika, haben dank eines Vertretungssystems, das ihnen Verhandlungen mit den marokkanischen Behörden und ihren jeweiligen Botschaften ermöglicht, ein prekäres Gleichgewicht gefunden. Sie verwalten und vertreten ihre Landsleute; Exilierte und Migrantinnen können sich bei Problemen an ihre Vertreter-innen wenden. Dies ist bei den Sudanesischen nicht der Fall. Diese haben derzeit keine Gemeinschaftsorganisation. Die Leiden auf ihrer Reise sind immens, und die meisten Frauen haben Krieg, Vergewaltigungen und Menschenhandel erlebt. Ihre Zahl nimmt zu, wie man in den Aufnahmezentren der AMI feststellen kann.

Die Unterkünfte der AMI

Die drei Unterkünfte für migrantische Frauen, die von den Mitarbeiterinnen der AMI («Assistance pour l'Intégration des Migrant-es»), Naomie und Odette, unterstützt von Nadine und Harci, verwaltet werden, sind immer überbelegt. Es wird versucht, die Aufnahme zu beschränken, aber das ist unmöglich. Es ist undenkbar, einer Frau und ihren Kindern, die auf der Straße Gewalt ausgesetzt sind, die Unterkunft zu verweigern. Naomie, welche die zwei vom Europäischen Bürgerinnen Forum (EBF) finanziell unterstützten Heime leitet, bedauert diesen Zustand und würde gerne weitere Schutzzäume eröffnen, aber es fehlt an Mitteln. Das enge Zusammenleben macht den Alltag schwierig: Wenn sechs oder acht Frauen mit ihren Kindern in drei Schlafzimmern, einem Wohnzimmer und einer Küche leben, kommt es zwangsläufig zu Spannungen. Die Mitarbeiterinnen versuchen, diese zu entschärfen, indem sie zum Beispiel einen Rhythmus für die Mahlzeiten festlegen und den Geist gegenseitiger Hilfe fördern. Dieser kann aber nur schwer entstehen, weil das Leben auf der Straße nicht zu einem solidarischen Miteinander führt. Jede Frau muss sich selbst durchschlagen. Sie erzählt den anderen nichts aus ihrem Leben, um nicht denunziert, beneidet oder abgelehnt zu werden. Die Konkurrenz ist hart.

Odette, die eines der AMI-Heime leitet, berichtet uns von den täglichen Schwierigkeiten, mit denen sie in den letzten Monaten konfrontiert war: «Ich habe Frauen aus fünf verschiedenen Ländern aufgenommen: zwei Sudanesischen, zwei Äthiopierinnen, drei aus

Guinea, zwei aus der Elfenbeinküste und eine Kongolesin aus Brazzaville. Die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, sind wirklich komplex. Die Frauen verlangen viel von uns, was wir nicht leisten können: umfassende Betreuung, unterschiedliche Mahlzeiten entsprechend ihrer kulinarischen Kultur, Hilfe bei der Körperpflege, Ernährung der Babys. Missverständnisse untereinander führen zu unnötigen Streitigkeiten, mit denen wir uns täglich auseinandersetzen müssen. Fragen wie: 'Was soll ich nach meinem Aufenthalt hier tun? Werdet ihr uns immer mit etwas weiter unterstützen? Was wird aus mir, wenn ich dieses Heim verlasse? In mein Land zurückkehren kann ich nicht.' All das ist mit unseren Mitteln unmöglich zu bewältigen. Bei Schwangerschaften und Krankheiten greift zum Glück der marokkanische Verein MS2 (Maroc Solidarité Médico Social) ein, aber was uns ermüdet, sind vor allem die nächtlichen Notfälle, mit denen wir allein sind. Mir fällt bei einigen Frauen auf, dass sie zu uns kommen, nachdem sich ihre Träume eines besseren Lebens zerschlagen haben, und dass sie gleichzeitig den Mut verloren haben, in ihre Heimatländer zurückzukehren – aus Angst und Scham, von der Gesellschaft dort abgelehnt zu werden. Derzeit beherbergen wir zum Beispiel eine 68-jährige kongolesische Mutter. Auch sie will nicht in ihr Land zurückkehren. Das ist für uns kompliziert. Diejenigen, die Asyl beantragt haben, bekommen ebenfalls ernsthafte Probleme, weil das UNHCR nicht mehr in der Lage ist, sie zu betreuen.»

Ein soziokulturelles Zentrum

Um neue Perspektiven zu entwickeln, sind wir dabei, ein Projekt für ein soziokulturelles

Zentrum und eine Kindertagesstätte auszuarbeiten, damit Frauen aus den AMI-Heimen sich sowohl weiterbilden als auch Arbeit und Geld finden können. Und dann sollen auch Frauen aus der Nachbarschaft einbezogen werden, denn soziale Durchmischung ist das A und O eines friedlichen Zusammenlebens. Die wichtigsten Angebote wären Alphabetisierungskurse – weil dies der erste Wunsch ist, den viele Frauen äußern – und Sprachkurse für die Integration oder die Weiterreise. Zeichnen, Schreiben, Foto- oder Filmworkshops, gemeinsames Kochen oder sich gegenseitig im Coiffeur-Handwerk und in der Kosmetik ausbilden – das sind weitere Aktivitäten, die ein solcher Ort bieten könnte. Ein Traum? Wir diskutieren und haben tausend Ideen, weil wir uns nicht mit dem Elend und Leid abfinden können. Wir lassen nicht locker!

Nachdem die Frauen NEIN zu unerträglichen Lebensumständen gesagt haben, oft ihre Kinder in ihrer Heimat zurücklassen mussten und eine beschwerliche Reise hinter sich haben, ohne zu wissen, wohin sie gehen können, brauchen sie eine Pause, und wenn diese konstruktiv ausfällt, dann war der zurückgelegte Weg nicht umsonst. Viele wollen sich nicht auf das Meer begeben, um nach Europa zu gelangen; sie würden lieber in Afrika bleiben – in Marokko, warum nicht? Aber es ist schwierig, sich in einem Land zu integrieren, das, so wie Europa, keine Geflüchteten aufnehmen will, und wo das tägliche Überleben extrem anstrengend ist.

Marie-Pascale Rouff

1. «Groupe anti-raciste de défense et d'accompagnement des étrangers et migrants» = Antirassistische Gruppe zur Verteidigung und Begleitung von Ausländern und Migranten



«Wenn ich nur fliegen könnte.» Ein Kind im AMI-Heim in Rabat Foto: Esther Mariacher

Antifaschismus unter Druck

Antifaschistische Arbeit befindet sich in Deutschland derzeit in einem Spannungsfeld zwischen weitgehend wirkungslosen antifaschistischen Grossdemonstrationen, die sich vor allem gegen den Aufstieg der rechts-extremen AfD (Alternative für Deutschland) richten, und einer immer stärker werdenden Repression gegen militante antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen. Währenddessen schreitet die Faschisierung der Republik – auch ohne AfD-Regierung – ununterbrochen voran.

Der Status Quo in Deutschland ist besorgnisregend. Unsere Gesellschaft erlebt einen Rechtsruck. Die rechtsextreme Partei AfD ist auf dem Weg zur stärksten Kraft. In einigen ostdeutschen Bundesländern ist sie es schon. Die sogenannte «Brandmauer» – keine parlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD zuzulassen – wurde in vielen Fällen bereits eingerissen. Nicht nur von den Konservativen aus der CDU. Viele CDU-Mitglieder können sich eine Koalition mit der AfD vorstellen. Der Größenwahn der Konservativen, die Faschisten in eine bürgerliche Regierung einhegen zu können, könnte sich nach fast 100 Jahren wiederholen. Im parlamentarischen Bereich setzt die AfD viele Themen durch kleine Anfragen und treibt die Regierungsparteien vor sich her. Forderungen, die ursprünglich von der AfD kamen, werden auch von den anderen Parteien als bedeutsam übernommen, besonders trifft dies zu bei der Verhinderung von Migration, der Abschottung der Grenzen und dem Abbau des Sozialstaates. Abgeordnete der Regierungsparteien sind

bereit, sich dem Rechts(d)ruck zu beugen, um keine Stimmen zu verlieren und spielen dabei marginalisierte Gruppen gegeneinander aus, anstatt sich tatsächlichen Problemen wie der Klimakrise, dem aufkommenden Faschismus oder dem Zusammenbruch der sozialen Infrastruktur zu widmen. Sie selbst sind in der Regel zu privilegiert, um unter den Folgen ihrer eigenen Politik zu leiden.

Anstatt sich klar antifaschistisch zu positionieren, wird feindliche Rhetorik gegenüber Migrant:innen und Arbeitslosen in den Wahlkämpfen der bürgerlichen Parteien von CDU bis zu den Grünen übernommen. In den sozialen Medien ist die AfD stärker vertreten als andere Parteien. Ihre verkürzten, polarisierenden Botschaften eignen sich gut für kurzweiligen Content. Auch deswegen wählen viele junge Menschen die AfD.

Der Faschismus braucht keine AfD

In vielen gesellschaftlichen Bereichen sieht man den zunehmenden Hang der Politik hin zum Faschismus. Dies zeigt sich in der

Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) von 2024, die 2026 in Kraft treten soll und vor allem zum Ziel hat, Europa noch stärker abzuschotten. Die aktuelle Bundesregierung aus CDU und SPD bereitet zudem derzeit eine Verschärfung des Asylrechts vor, die mit den Stimmen der AfD durch den Bundestag gehen soll. Hierbei soll die «Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten» vereinfacht und die Abschaffung der Pflichtverteidigung für Menschen in Abschiebehaft beschlossen werden.

Auch die Genehmigung eines Sondervermögens über 100 Mrd. Euro für die Militarisierung Deutschlands auf Kosten der Sozialsysteme weist deutlich in diese Richtung. Eine drohende Wehrpflicht will die Jugend kasernieren und – neben dem antifeministischen Backlash in den Sozialen Medien – zu Männlichkeitsbildern wie von vor 100 Jahren führen. Seit Jahren befinden sich junge Menschen in den Sozialen Medien, im Streben nach einem Gewinner-Mindset, im Selbstoptimierungswahn. Stark ist, wer seine Gefühle, seinen Körper und seine Tagesroutine kontrolliert. Damit machen sich die Menschen optimal verwertbar für den prekärer werdenden Arbeitsmarkt, das Militär oder eben einen neuen Faschismus. In diesem Streben nach Perfektion ist Sozialchauvinismus die unausweichliche andere Seite der Medaille.

Die Überwachung wird ausgebaut

Auch der Überwachungsstaat wird von konservativen und sozialdemokratischen Parteien weiter ausgebaut. In Berlin wurde kürzlich das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) ohne grossen Gegenprotest reformiert: Für Überwachung von öffentlichen Orten darf ab jetzt Technik mit KI-Auswertung eingesetzt werden, so dass «normabweichendes» Verhalten sofort bemerkt und an die Polizei weitergegeben wird. Stille



Es braucht Mut, für eine freie und friedliche Gesellschaft auf die Strasse zu gehen. Demonstration für eine in Ungarn inhaftierte Antifaschistin aus Deutschland. Foto: Hardy Krüger.

Hausdurchsuchungen, also Durchsuchungen, ohne dass die betroffenen Personen anwesend sind, und Telekommunikations-Überwachung dürfen eingesetzt werden und das nicht nur gegen Verdächtige, sondern auch gegen alle ihre privaten Kontakte. Die Polizei darf zukünftig medizinische Untersuchungen gegen den Willen der Menschen durchführen, «Gefährderansprachen»¹ unter Anderem am Arbeitsplatz allein auf Verdacht aussprechen, sowie Drohnen und elektronische Fussfesseln einsetzen. Sie darf jedes Foto aus dem Netz mit biometrischen Daten abgleichen und Spionagesoftware (z. B. von Palantir) auf Endgeräten nicht nur von Verdächtigen, sondern auch von deren Kontaktpersonen installieren.

In Bayern wurden im Rahmen von Protesten für den Klimaschutz mehrere Personen in Präventivhaft genommen, um die Blockade der Automobilmesse 2023 in München zu verhindern. Sie waren bis zu 30 Tagen im Gefängnis – ohne Tat und ohne Urteil. In den letzten Jahren wurde die Zeit, während der die Menschen in diesen sogenannten Unterbindungsgewahrsam genommen werden dürfen, in allen Bundesländern von den jeweiligen Landesregierungen jeglicher politischer Couleur verlängert. In Bayern sogar auf bis zu drei Monate.

Im Namen der Staatsräson

Währenddessen rutscht Deutschland auch in Fragen der Pressefreiheit ab. Reporter ohne Grenzen berichten, dass die grösste strukturelle Bedrohung aus Angriffen seitens der extremen Rechten kommt und dass Medien schaffende in den letzten Jahren auf extreme Hürden treffen, wenn sie über die israelische Kriegsführung, Menschenrechtsverbrechen in Palästina und die deutsche Beteiligung mittels Waffenlieferungen berichten wollen.² Weite Teile der Kritik an Israels Vorgehen in Gaza oder dem Westjordanland werden von den Hüter*innen der deutschen Staatsräson als Dämonisierung Israels und folglich als antisemitisch ausgelegt. Im Zuge der Proteste gegen den Gaza-Krieg werden Gruppen und Einzelpersonen häufig Räume und Gelder verweigert, weil ihnen Kontaktshuld mit pro-palästinensischen Gruppen vorgeworfen wird. So werden linke oppositionelle Meinungen mundtot gemacht. Die brutale Unterdrückung der Proteste gegen den Gaza-Krieg durch die deutsche Polizei wird teilweise sogar von Menschen, die sich als links und antifaschistisch sehen, befürwortet.

Die Justiz als Anti-Antifa

Gleichzeitig nimmt auch die Repression gegen Antifaschist*innen neue Züge an. Aktuell gibt es in der Bundesrepublik so viele politische Gefangene aus dem Bereich Antifa wie noch nie. Den meisten werden Überfälle auf Nazis vorgeworfen. Während in früheren Jahrzehnten der Paragraph §129 (a) (Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung) als sogenannter «Schnüffelparagraph» zum Durchleuchten der militärischen und autonomen Antifa-Szene eingesetzt wurde und Verfahren in der Regel mit Einstellungen endeten, werden aktuell von der Bundesanwaltschaft kriminelle Vereinigungen konstruiert und auf Grundlage von Indizien (zum Teil ohne Tatnachweise) jahrelange Haftstrafen gegen mutmasslich militante Antifaschist*innen

ausgesprochen. In den Verfahren in Budapest sowie Antifa-Ost I und II in Dresden werden und wurden Antifaschist*innen angeklagt, denen vorgeworfen wird, organisierte Nazis angegriffen zu haben. Diese jedoch konnten teilweise über Jahre, von den Strafverfolgungsbehörden weitgehend unbehelligt, Menschen jagen, deren Aussehen oder Meinung nicht in ihr rechtsradikales Weltbild passten. Vom Staat weitgehend verschont wurden z.B. die Nazis der Eisenacher Kampfsportgruppe Knockout51 sowie ihre Kameraden, die im Frühjahr 2016 den Leipziger Stadtteil Connewitz überfallen hatten. Dem Staat ist der militante Antifaschismus ein Dorn im Auge. Er stört mit seinen Aktionen den ruhigen Weg in den Faschismus und zeigt Brüche in der Vernunft vorgaukelnden Fassade einer sich immer weiter radikalisierenden Mitte auf. Antifaschistischen Strukturen bleibt nur, sich weiter offensiv zu verteidigen. Mit viel Energie arbeiten die Soligruppen der Gefangenen daran, dass niemand in Haft vergessen wird und alle so schnell wie möglich freikommen.

Mit dem Finger auf Ungarn zeigen

Das Budapest-Verfahren zeigt, dass in Ungarn noch drakonischere Strafen für noch weniger Beweise verhängt werden. Die linksliberale Vorstellung, dass das Landeskriminalamt Sachsen sich mit Ungarn ein eigenes «Guantanamo» für Antifas schaffe, verharmlost die Unrechtsstaatlichkeit deutscher Gerichte, wenn es um die Verurteilung zu jahrelangen Haftstrafen ohne Tatnachweise geht – wie in den Fällen von Lina und Hanna. Leider ist es trotz enormer Solidaritätsarbeit der Soligruppen, autonomer Antifagruppen und Eltern der Gefangenen nicht gelungen, grössere Unterstützung ausserhalb von Antifakreisen zu bekommen. Es scheint eine Grenze der Solidarität mit gefangenen Antifaschist*innen seitens der Zivilgesellschaft und post-autonomer Grossgruppen erreicht zu sein. Die staatliche Verfolgung wird von Linksliberalen schweigend hingenommen.

Demonstrationen mit Scheuklappen

Im Frühjahr 2024 veröffentlichte die Rechercheplattform Correctiv auf Grundlage von Recherchen autonomer Gruppen Inhalte eines Geheimtreffens von Rechtsradikalen in Potsdam, auf dem unter Anderem geäussert wurde, dass man nach der Machtaufnahme der AfD Migrant*innen – auch jene mit deutschem Pass – in ihre «Heimatländer remigrieren» wolle. Es nahmen Mitglieder der AfD, der CDU und deren Ableger «Werteunion», die Identitäre Bewegung und andere Gruppierungen teil. Während Hunderttausende in Deutschland nach dem «Remigrations-Skandal» gegen die AfD demonstrierten, setzte die damalige Bundesregierung aus Sozialdemokraten, den Grünen und der liberalen FDP strengere Gesetze zur Kontrolle an den deutschen Grenzen durch und erleichterte Abschiebungen. Eine Abgrenzung gegen die Regierungsparteien fehlte auf diesen Grossdemonstrationen. Es durften sogar Vertreter*innen eben jener Parteien bei Kundgebungen unter Applaus ihre antifaschistische Haltung präsentieren, während ihre Parteien im Hintergrund das Asylrecht weiter verschärften und damit ein weiteres Mal Forderungen der AfD umsetzten. Nach

wenigen Wochen ebbten die Grossdemonstrationen ab. Parlamentarisch hatte sich nichts geändert. Die AfD fuhr weiterhin Erfolge bei Landtagswahlen ein und die Regierungsparteien wurden von der Zivilgesellschaft weiterhin nicht kritisiert. Die Diskussionen um die mögliche Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens zeigen, dass sich immer noch viele Menschen auf den Staat im Kampf gegen Rechts verlassen.

Einseitige Gewaltorgien der Polizei

Neben den von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen organisierten Grossdemonstrationen gab es auch andere Protestformen gegen die AfD. Post-autonome Grossgruppen wie die «Interventionistische Linke» (IL), «Widersetzen» oder «Studis gegen Rechts» organisierten Blockade-Aktionen gegen die Bundesparteitage der AfD in Riesa und in Essen ebenso wie gegen den Gründungskongress der neuen AfD-Jugend «Generation Deutschland» in Giessen. Es wurde massenhaft ziviler Ungehorsam in Form von Blockaden der Zufahrtswände zu den Veranstaltungsstätten ausgeübt. In Giessen beteiligten sich etwa 20.000 Menschen an den Blockaden und weitere 20.000 an zeitgleichen Demonstrationen. Trotz der erfolgreichen Mobilisierung konnten die Veranstaltungen jeweils nur um wenige Stunden verzögert, jedoch nicht verhindert werden. Durch die vorausgehende Ankündigung von Gewaltfreiheit seitens der Demonstrant*innen, konnte die Polizei sich sicher genug sein, auch in deutlicher Unterzahl keine Gegenwehr zu erwarten. Teilweise griffen wenige Dutzend Polizisten Blockadepunkte mit mehreren hundert Menschen an und schafften es, viele zu verletzen. Dass beteiligte Aktivist*innen und Organisator*innen die Blockaden nicht gegen Polizeigewalt schützen können, ist einerseits die Folge von strategischem Gewaltverzicht, aber andererseits eine Auswirkung der verbesserten Fahndungsmethoden der Polizei. Drohnen, Hubschrauber, Wärmebildkameras, biometrische Gesichtserkennung, DNA-Proben und Ringfahndungen machen es schwierig, sich der Polizeigewalt in offenem Gelände entgegenzustellen. Die Folge sind viele verletzte und möglicherweise traumatisierte Aktivist*innen, die sich im schlechtesten Fall aus dem Aktivismus zurückziehen. Es ist ein hoher Preis und ein enormer Energieaufwand für ein paar Stunden Verzögerung einer AfD-Veranstaltung. Es bleibt zu hoffen, dass die Erlebnisse in den Bezugsgruppen dennoch einen politisierenden Effekt haben.

Antifa bleibt Handarbeit

Autonome Antifagruppen – in den USA und Ungarn bereits als Terrorgruppen ausgerufen – sind in Deutschland aktuell kaum von Repression betroffen, solange sie nicht mit militärischen Aktionen in Verbindung gebracht werden. Sie leisten im Kampf gegen den Faschismus wichtige strukturelle Arbeit im Hintergrund. Sie organisieren Demonstrationen, Infoveranstaltungen, Antifa-Kongresse, organisieren Gedenkveranstaltungen, machen Antirepressionsarbeit, schützen Geflüchtetenwohnheime, Jugendzentren und Absahrten zu Anti-Nazi-Demonstrationen, recherchieren zu Nazistrukturen, nutzen Nazis in ihrem Umfeld und am Arbeitsplatz und

versorgen Journalist*innen mit nützlichen Recherche-Ergebnissen zu faschistischen Umtrieben. Sie können sich frei entscheiden, an welchem Projekt oder in welchem Bündnis sie als nächstes arbeiten wollen, und sind niemandem Rechenschaft schuldig. Für diese Unabhängigkeit müssen sie ihre Ressourcen selbst aufstreben, was zu einer chronischen Unterfinanzierung führt. Das von Rechten geforderte «Verbot der Antifa» hört sich erstmal absurd an, da es «die Antifa» als feste Gruppierung mit Satzung und Mitgliederlisten gar nicht gibt. Dennoch hat der Staat mit dem Vereinsrecht ein mächtiges Instrument, das er bereits missbräuchlich eingesetzt hat. Im Herbst 2017 wurde die autonome Nachrichtenplattform «Indymedia linksunten» verboten, indem sie erst als ein Verein konstruiert und dann nach Vereinsrecht verboten wurde. Den vermeintlichen Mitgliedern dieses Vereins wurden Haftstrafen angedroht, sollte die Website «Indymedia linksunten» noch einmal online gehen. Dies war nicht nur ein Schlag gegen die Pressefreiheit, sondern auch ein Beispiel für das Verbot einer oppositionellen Gruppe.

Druck der Trump-Regierung

Ein weiteres Beispiel des zunehmenden Drucks auf linke Organisationen und Infrastruktur zeigt sich im "Debanking", von dem mehrere Akteure um den Jahreswechsel

betroffen waren. Unter Anderem wurde der Rote Hilfe e.V., dem größten linken Rechts-Hilfesfonds, der bereits seit über 100 Jahren strömungsgreifend Aktivist*innen finanziell und beratend unterstützt, das Konto bei der sozial-ökologischen GLS-Bank ebenso wie der Sparkasse Göttingen gekündigt. Beide Kündigungen erfolgten zunächst ohne Begründung und entspringen vermutlich der Listung der «Antifa-Ost» als Terrororganisation durch die Trump-Regierung und der Möglichkeit, dass Banken, die Terrororganisationen unterstützen, aus dem internationalen Zahlungsverkehr ausgeschlossen werden könnten. Auf Nachfrage begründete die Göttinger Sparkasse die Kündigung mit dem erhöhten Kontrollaufwand durch die deutsche Finanzregulierungsbehörde Bafin, der sich durch die Terrorlistung ergebe. Immerhin hat das Landgericht Göttingen die Sparkasse inzwischen dazu gezwungen, das Konto weiter zu führen. Listungen eines Drittstaates, ein vermeintlich höherer Prüfaufwand und ein befürchteter Reputationsverlust seien keine Gründe ein Konto zu kündigen. Die GLS-Bank bleibt Stand Januar 2026 bisher bei ihrer Kündigung.

Vertrauen in den Staat reicht nicht

Es ist jetzt die Zeit für eine Kritik an der bürgerlichen repräsentativen Demokratie und ihren Parteien. Sie gehen weder mit der Kli-

makrise noch mit dem drohenden Faschismus verantwortungsvoll um. Appelle an Menschen, die nur bis zur nächsten Wahl denken und die ihre weissen, gut situierten Kinder über kommende Generationen in Sicherheit vermuten, werden nicht ausreichen. Der Staat muss seine Anziehungskraft als vermeintlicher Partner im Kampf gegen die Faschisierung für die gesellschaftliche Linke verlieren. Es sind die Regierungen der bürgerlichen Parteien, die, gedeckt von weiten Teilen der Presselandschaft, die Gesellschaft Zentimeter für Zentimeter in den Faschismus führen und sie an ihn gewöhnen. In den Zerfallsprozessen des liberalen Wohlfahrtsstaates gilt es, stabile Gruppen, Strukturen und Vernetzungen aufzubauen und sich abseits der staatlichen Einhegung selbst zu organisieren. Auf dass diejenigen, die noch zögern, sich ihres Vertrauens in den Staat entledigen und bereit sind, in einer breiten antifaschistischen Bewegung für die Befreiung der gefangenen Antifaschist*innen und eine bessere Gesellschaft zu kämpfen.

Die Autoren arbeiten im sozialen Bereich in Berlin und sind antifaschistisch aktiv.

1. Die Gefährderansprache oder auch das Gefährderanschreiben (brieflich) ist eine Massnahme zur Verhütung oder vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten. Ein potenzieller Gefahrenverursacher wird ermahnt, Störungen der öffentlichen Sicherheit zu unterlassen.

2. Vgl. www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/laender/130/deutschland



Dank antifaschistischer Recherchearbeit sind Nazistrukturen und ihre Köpfe bekannt. Der Fotograf Hardy Krüger leistet mit seinen Bildern einen wertvollen Beitrag.

Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hypolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org